



2021/06 Wissenschaft

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/06/die-antifeministische-klammer>

Eine Studie zu Antifeminismus in Deutschland hält nicht, was sie verspricht

Die antifeministische Klammer

Von **Judith Goetz**

Eine Studie untersucht erstmals antifeministische Tendenzen in der Bundesrepublik, lässt dabei aber mehr Fragen offen, als sie beantwortet.

Die im vergangenen Jahr veröffentlichte Studie **»Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments - neue Radikalität«** diagnostiziert erneut ein hohes Niveau antidemokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Geändert hätten sich allerdings die Ausdrucksformen, schreiben die Herausgeber in ihrem Vorwort zur zehnten Auflage der Studie. Seit 2002 erstellt eine Arbeitsgruppe der Universität Leipzig alle zwei Jahre die repräsentative Untersuchung, um den »Rechtsextremismus der Mitte« zu erforschen.

Kritik an den als »Mitte-Studien« bekannten Erhebungen kam bislang meist von bürgerlich-liberaler oder rechter Seite. Diese taten die Ergebnisse gern als einseitig ab, da sogenannter Linksextremismus nicht in gleicher Weise wie Rechtsextremismus Berücksichtigung finde. Linke hingegen nahmen die Untersuchungen meist wohlwollend zur Kenntnis, Kritik gab es allenfalls an der Verwendung des veralteten Begriffs Ausländerfeindlichkeit statt Rassismus.

Die Studie bestätigt, dass Antifeminismus in vielen politischen Milieus vorkommt und große Überschneidungen mit rechtsextremen Einstellungen aufweist.

Das Kapitel »Antifeminismus - das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene« in der aktuellen Studie wurde größtenteils positiv aufgenommen. Zum ersten Mal wurden in Deutschland Daten zu antifeministischen Denkmustern erhoben und untersucht. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die Studie in dieser Hinsicht kaum neue Erkenntnisse gebracht hat.

Die aktuelle Studie untersucht - neben der Verbreitung antifeministischer Denkmuster - die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Tendenz, Verschwörungen zu unterstellen. Allerdings warnen Expertinnen bereits seit Jahren vor diesen Tendenzen; dies bisher nicht ernst genommen zu haben, kann durchaus als Versäumnis gelten. Statt zuzugeben, gerade den Bereich des Antifeminismus bisher vernachlässigt zu haben, erklären die Autoren und Autorinnen der Studie die Neuorientierung vor allem mit aktuellen Entwicklungen. So betonen die Herausgeber im Vorwort, dass »die antidemokratischen Ressentiments zwar gleich bleiben, sich aber immer neue Ausdrucksmöglichkeiten suchen«, darunter auch den Antifeminismus, der

»zu einer weiteren Brückenideologie antimoderner Bewegungen« werde.

Verkannt wird dabei zunächst, dass Antifeminismus bereits seit geraumer Zeit zur Klammer unterschiedlicher politischer Strömungen, darunter Rechtspopulistinnen, Vertreter und Vertreterinnen der »Neuen Rechten«, Männerrechtler und religiöse Rechte, avanciert ist und diese in der Abwehr von Gleichstellungspolitik, Feminismus, Gendertheorien und einer Pluralisierung von Lebensweisen vereinigt. Antifeministische Denkweisen sind zudem seit jeher ein integraler, wenn auch von der Forschung meist mehr oder weniger vernachlässigter Bestandteil demokratiefeindlicher und insbesondere rechtsextremer Ideologien.

Die extreme Rechte hat in den vergangenen Jahren die Mobilisierungsfähigkeit genderpolitischer Themen erkannt und für ihre rassistischen Zwecke eingesetzt. Sie konnte dabei an eine lange Tradition misogynen und antifeministischer Vorurteile sowie an weitverbreitete Vorstellungen von Geschlechterdichotomie und Heteronormativität in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte anknüpfen. Gerade weil die genderreflektierte Forschung über Rechtsextremismus seit fast 40 Jahren auf die Bedeutung der Kategorie Geschlecht hinweist, kann die Berücksichtigung von Antifeminismus in der neuen Studie kaum als Erfolg gewertet werden – die starke Präsenz antifeministischer Denkmuster in rechtsterroristischen Manifesten ist einfach mittlerweile unübersehbar.

Das weitgehende Fehlen einer geschlechtertheoretischen Perspektive in anderen Teilbereichen der Studie lässt zudem befürchten, dass antifeministische Orientierungen in künftigen Studien kaum mehr Berücksichtigung finden werden. Auch verwenden die Autoren und Autorinnen keine geschlechterreflektierte Sprache. So wird trotz der expliziten Benennung antifeministischer Einstellungen von Frauen stets nur von »Akteuren« oder »Probanden« gesprochen und dadurch die Bedeutung von Frauen im Antifeminismus erneut unkenntlich gemacht.

Aber auch konzeptuell lässt sich an der Studie einiges kritisieren. Das Verhältnis von Antifeminismus und Sexismus bleibt unklar und führt zu so unpräzisen wie auch wenig überraschenden Erkenntnissen wie der, dass »sexistische und antifeministische Positionen oft nah beieinander« liegen. Die für diese Studie entwickelte Skala zur quantitativen Erfassung antifeministischer und sexistischer Ressentiments könnte in Folgeuntersuchungen durch eine klarere Definition der einzelnen Items deutlich gewinnen.

Die Autorinnen und Autoren bemühen sich zwar um Begriffsbestimmungen, die den Forschungsstand berücksichtigen, allerdings finden aktuelle antifeministische Themen wie Einstellungen zu Gleichstellungsprogrammen, Rechten von LGBTQI oder geschlechtlicher Vielfalt keinen Niederschlag in den Fragen. Vielmehr beziehen sich zahlreiche Aussagen, die den Befragten vorgelegt wurden, in erster Linie auf Vorstellungen genderspezifischen Rollenverhaltens von Frauen (»Frauen machen sich in der Politik häufig lächerlich«, »Eine Frau, die sich mehr auf ihren Beruf als um ihre Kinder kümmert, sollte kein schlechtes Gewissen haben«, »Die Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen«).

Warum die Dimension »Profeminismus« eingeführt wurde, um in Abgrenzung zu Antifeminismus und Sexismus »Diskriminierungsbewusstsein und Antidiskriminierungsorientierung« zu umschreiben, bleibt unklar; sie scheint unpassend. Nicht jedes Erkennen von geschlechtsbezogenen Ungerechtigkeiten resultiert schließlich aus einer feministischen Einstellung. So stimmten nicht wenige Befragte sowohl anti- als auch profeministischen Aussagen zu, was die Kategorie wenig brauchbar erscheinen lässt.

Auch die von den Autorinnen und Autoren entwickelte Typologie der Erscheinungsformen von Antifeminismus überzeugt nicht, da verbreitete scheinwissenschaftliche und biologistische antifeministische Denkmuster keiner der verwendeten Kategorien – neoliberal, konservativ, rechtsnational, männerbündisch oder verschwörungstheoretisch – zugeordnet werden können. Durch die zu knappen Beschreibungen der jeweiligen Typen können diese auch nicht so klar voneinander abgegrenzt werden, wie es die Autorinnen und Autoren suggerieren. Vielmehr finden sich Verschwörungsmymthen wie »Umvolkungstheorie«, oder »Genderlobby« bei mehreren Typen. Zudem werden Typisierungen wie beispielsweise der neoliberale Antifeminismus in den Fragen nicht abgebildet.

Gravierender ist jedoch die Leichtfertigkeit, mit der die Autorinnen und Autoren ein »geschlossen antifeministisches Weltbild« konstatieren, nämlich bei jedem vierten Mann und jeder zehnten Frau in Deutschland. Selbst bei Zustimmung zu allen abgefragten antifeministischen und sexistischen Aussagen erscheint dieser Schluss auf ein geschlossenes Weltbild etwas voreilig. Die Fragen sind schlicht nicht umfassend genug, um derart weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Zahlen, die in der Studie vorgelegt werden – beispielsweise, dass knapp die Hälfte der Männer und 28,7 Prozent der Frauen mindestens einer antifeministischen Aussage zustimmen –, sind wenig überraschend, belegen allerdings statistisch die weite Verbreitung antifeministischer Denkformen. So bestätigt sich in der Studie auch, dass Männer antifeministischer eingestellt sind als Frauen und dass Antifeminismus in vielen politischen Milieus vorkommt, große Überschneidungen mit rechtsextremen Einstellungen aufweist und nicht selten verknüpft mit Rassismus oder Antisemitismus auftritt. Erhellend werden diese Phänomene jedoch mehr durch die bisherige Forschungsliteratur zum Thema als durch die Studie selbst.

Interessant wäre es gewesen, Erklärungen für das Zusammenwirken von Autoritarismus und Antifeminismus zu suchen, zumal die zentrale These der Autorinnen und Autoren ist, dass Antifeminismus neben anderen Ungleichheitsideologien »Ergebnis einer autoritären Dynamik in der Mitte der Gesellschaft« sei. Das bleibt die Studie jedoch schuldig.